

„Weil es mit ihnen zu Ende geht“

„Solidarność“-Journalist Jan Walc über den Danziger Kongreß

Die Delegierten auf dem ersten „Solidarność“-Kongreß in der riesigen Sporthalle von Danzig-Oliwa sind durchschnittlich unter 40 Jahre alt, was bedeutet, daß die meisten von ihnen nach Jalta zur Welt gekommen sind, daß sie zu ihrer Lebenszeit in Polen keine einzige demokratische Diskussion und schon gar keine freien Wahlen gesehen haben.

Zwar haben sich die Polen nach Demokratie geseht. Aber diejenigen, die sie noch aus der Vorkriegszeit in Erinnerung hatten, sind ausgestorben, ausgewandert oder vergrist. Im heutigen Polen ist Demokratie eine Erscheinung aus farbigen Wachträumen, ein nationales Verlangen, das nun konkrete Form anzunehmen scheint. Unsere demokratischen Traditionen reichen bis ins 15. Jahrhundert zurück, sind also beinahe so alt wie die der Schweiz. Im allgemeinen Empfinden erscheinen sie als verlorenes Paradies, ihre Wiedergewinnung erscheint also fast wie ein Wunder.

Deshalb fragt kein Mensch nach den Kosten. Für die Delegierten und deren fast zehn Millionen Wähler ist es selbstverständlich, daß es sich auch über die geringsten Einzelheiten der Satzung oder Wahlordnung tagelang zu diskutieren lohnt, daß man für diesen Zweck weder Zeit noch Energie sparen darf.

Mehr noch: Die Delegierten sind fest davon überzeugt, daß sie sich mit diesen Problemen beschäftigen müssen, obwohl ein paar Kilometer von ihrem Tagungsort sowjetische Schiffe auffahren, das ZK in Moskau Erklärung auf Erklärung losläßt und der General Jaruzelski offen mit Gewaltanwendung droht.

Es ist schon wahr: Die harte Propaganda-Welle, die in Polen wie auch in anderen Ostblockländern anließ, nachdem die „Solidarność“ die Botschaft an die arbeitenden Menschen Osteuropas beschlossen hatte, vermochte einen Teil der polnischen Intellektuellen zu verunsichern.

Doch die Arbeiter, die Mitglieder der „Solidarność“ und die Kongreßdelegierten zumal, nahmen diese Propaganda-Aktion mit einem Achselzucken zur Kenntnis: „Die toben, weil es mit ihnen schon zu Ende geht.“

In der Tat: Das System zerbröckelt von Tag zu Tag weiter.

Vor zwei Wochen kam es zu einem beispiellosen Aufstand im Sejm, als sich — zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik Polen — das Parlament entschloß, einen Gesetzesentwurf der Regierung abzulehnen: das Gesetz über die Selbstverwaltung in den Betrieben, dem sich auch der „Solidarność“-Kongreß während seiner ersten Tagungsrunde entschieden widersetzt hatte.

Die Staatsmacht besitzt keine Glaubwürdigkeit mehr, auch dann nicht, wenn sie versucht, im Sinne der gesellschaftlichen Erwartungen zu handeln.

So sprechen die Arbeiter: Wenn Kania oder Jaruzelski scharf gegen die Gewerkschaft vorgehen wollen, wenn sie nicht bereit sind, mit uns zusammenzugehen, dann gute Fahrt!

Die Regierung des Premierministers Jaruzelski hat sich in den acht Monaten ihrer Machtausübung durch totale Indolenz ausgezeichnet. Ihre Tage scheinen gezählt zu sein.

Angeblieh war für das erste Oktober-Wochenende, also noch vor Schluß des Danziger Kongresses, ein ZK-Plenum vorgesehen, auf dem der harte Stefan Olszowski versuchen wollte, die Partei- und Staatsführung zu stürzen, um selbst Parteichef zu werden.

Die Delegierten in Danzig zeigten sich von solchen Meldungen unbeeindruckt, schienen nicht mal an ihnen interessiert. Denn sie sind fest davon überzeugt, daß, wie immer die künftige personelle Zusammensetzung von Politbüro, ZK-Sekretariat oder Regierung auch sei, die Staatsmacht gegen den Willen von „Solidarność“ nichts mehr vermöge.

Und den Ausweg aus der Krise sehen die Delegierten nur in stufenweiser Übernahme der Kontrolle über die Produktion durch die Gewerkschaft. Diese Gewerkschaft, fürwahr, ist sich ihrer Kraft bewußt.

Wie selbstverständlich quittierten die Delegierten die Nachricht, daß drei verhaftete Gewerkschaftsfunktionäre — Morawiecki in Breslau, Zembrzusi in Tschenstochau und Arent in Rybnik — einer nach dem anderen, noch während des Kongresses wieder freigelassen wurden. Anerkennung, welcher Art auch immer, wollen sie der Staatsmacht nicht mehr entgegenbringen.

genmaß, als ihnen die Weltmeinung zgetraut hatte.

Dabei belegten die Propaganda-Batterien der benachbarten sozialistischen Staaten die angebliche „Konterrevolution“ seit Monaten mit Sperrfeuer — die Taten der Polen mit Taten gegen Polen zu beantworten, die Wiederholung des Falles Afghanistan also, trauten sich die Moskowiter nicht zu.

Dafür donnerten die Bruderparteien ringsum mit steigender Kadenz gegen die vorgeblich historisch bedingte „Intransigenz der Polen“, ihren Hang zum Chaos, gegen die „imperialistischen Drahtzieher“, Anarchisten und Antisozialisten. Und die Warschauer Regierung kündigte vorletzte Woche gar selbst die „notwendigen Maßnahmen an, der Anarchie, dem Hooliganismus



Oppositioneller Kuron
„Staatsfeind Nummer eins“

und den staatsfeindlichen sowie antisowjetischen Exzessen ein Ende zu machen“. Aber wie und wann das geschehen sollte, blieb offen.

Auch der Westen zeigt, je länger das faszinierende polnische Experiment einer wirklichen Arbeitermacht dauert, vor allem Irritation.

Denn für Massenstreiks im Kommunismus konnten sich Polens Gewerkschafter noch des Beifalls hartgesottener Kapitalisten sicher sein — für ihren Kampf um Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben oder gar Arbeiterkontrolle über Investition und Produktion schon weit weniger.

Selbst altgestandenen Sozialdemokraten wie dem deutschen Ex-Bundeskanzler Willy Brandt und dem österreichischen Kanzler Bruno Kreisky fiel angesichts des jüngsten Forderungskatalogs der „Solidarität“ nach gesellschaftlicher Umgestaltung nur die Fra-